Aufgefordert, über diesen Kall unsere Ansicht auszusprechen. tonnen wir nicht umbin, die Entscheidung ber Bezirkshauptmann= ichaft, bem nun einmal bestehenden aber für fie allein maggebenben Gesetze v. 25. Mai 1868 gang entsprechend zu finden. Nach Artifel 1 bes citirten Gesetzes find nämlich bei gemischten Chen die Eltern berechtigt, vor oder nach Abichluß der Che das Reli= ligionsbekenntniß ihrer Kinder durch Bertrag festzuseben. Dieser Bertrag aber kommt nach §. 861 bes allg. bürgl, Gesethuches burch den übereinstimmenden Willen beider Elterntheile gu Stande. Rach Artitel 2 besselben Gesetes aber können Eltern, die das Religionsbekenntnik der Kinder vertragsmäffig zu beftimmen berechtigt find, - also gemäß Artikel 1 Eltern von Rin= bern aus gemischten Ghen - basselbe bezüglich jener Rinder ändern, welche noch nicht das fiebente Lebensjahr zurückgelegt haben. Diefes Recht nun fann, fo lange beibe Eltern am Leben find, abermal nur burch Bertrag ausgeübt werden. Indem nun in unferm Falle die Eltern fich dieses Rechtes bedient haben, und ein Ginschreiten ber Behörde gemäß Artifel 3 nur bei Berletung der Bestimmungen der Art. 1 und 2 des Gesetes Plat Bu greifen hat, war die Bezirkshauptmannschaft allerdings außer Lage, ber fonft billigen Beschwerde des Pfarramtes die gewünschte Folge zu geben.

XIV. (**Befreiung vom Gebührenäquivalent**.) Bisser waren nach dem Ged. Gefețe vom 13. Dez. 1862 (T. P. 106 B. e. Anm. 2. e.) nur die Inhaber jener Beneficien, deren reines Einfommen jährlich 315 fl. ö. B. nicht übersteigt, von der Entrichtung des Gebührenäquivalentes befreit. Nach §. 1 des Gesets vom 15. Februar 1877 (R. B. Bl. Ar. 98) aber wurde das vom G. Ae. frei zu bleibende Einfommen von 315 fl. auf 500 fl. erhöht. Der betreffende Paragraph lautet:

"Inhaber jener Benefizien, beren reines Einkommen 500 fl. ö. B. nicht übersteigt, sind von Entrichtung des Gebührenäquivalentes persönlich befreit; liegt jedoch die Ergänzung der Congrua einem Fonde ob, so ist das Aequivalent von diesem Fonds zu entrichten." Das fasst in 8 mässige Einkommen der meisten Pfründen übersteigt nicht den Betrag von 500 fl.; für sie ist also das neue Gesetz eine nicht geringe Wohlthat. Um dieser Wohlthat nun theilhaftig zu werden, ist es aber nöthig, daß der Pfründenutz-nießer sofort ein stempelfreies!) Gesuch an das k. k. Gebühren-bemessungsamt in Linz folgenden Inhaltes richte:

Wohllöbliches f. f. Gebührenbemeffungsamt Ling.

Die gefertigte Pfründen-Verwaltung stellt auf Grund des Geselses vom 15. Februar 1877 (R. S. Bl. Ar. 98) das hösliche Anstucken um Abschreibung des der Pfründe Ropfing laut beiliegenden Zahlungsbogens zugemessenen Gebührenäquivalentes von jährlich 30 fl. für die Jahre 1878, 1879 und 1880²), da nach der in Abschrift anruhenden, vom Statthalterei-Rechnungs-Departement adjustirten Pfründenfassion vom 1. März 1868 das reine Jahreseinkommen den Betrag von 500 fl. nicht übersteigt, und auch seit dieser letzten Fastrung ein Zuwachs im Pfründenvermögen nicht vorgekommen ist.

Pfarrpfründe Kopfing, den L. S.

n. N. Pfarrer.

(Bon außen: das entsprechende Rubrum.)

Sollte ein Pfründeinhaber mit einem geringeren Einkommen als 500 fl. oder einem solchen von gerade 500 fl. aus Versehen schon die erste Kate des Gebührenäquivalentes pro 1878 beim k. k. Steneramte bezahlt haben, so hätte er unter Einem mit dem obigen Abschreibungsgesuche an das k. k. Geb. Vem. Amt auch um Veranlassung der Kückvergütung des beim k. k. Steneramte N. N. indedite gezahlten Geb. Aequiv. für das Jahr 1878 zu ditten. Der zweite Absat des Gesehes vom 15. Februar 1877 kommt für dermalen nicht in Vetracht, da der Religionsfond ohnehin nur Ergänzungen auf eine Congrua vom 315 und 420 fl. leistet, welches Einkommen eben ganz vom Gebührenäquivalent befreit ist.

¹⁾ Nach G. G. T. P. 44. qu.

²⁾ Das Gesetz gilt erst vom Jahre 1878 an; im Jahre 1880 aber erfolgt siir das Dezennium 1881—1890 eine neue Bemessung, bei welcher siir solche Pfründen ohnehin keine Vorschreibung des Gebührenäquivalentes mehr stattsinden wird.